

Mein Statement zur Aktion „Kein Veedel für Rassismus“

Zur Vorgeschichte:

Auf unserer [ersten Mahnwache am 30. Juli 2020](#) haben Mitglieder unserer Bürgergruppierung neben unserem eigenen Logo „Wir sind mehr im Bergischen – für Toleranz · Respekt · Dialog“ auch Flaggen der Kölner Aktion "[Kein Veedel für Rassismus](#)" gezeigt. Dass wir mit diesen Flaggen aufgetreten sind, hat die einen gefreut und die neugegründete AfD in Hückeswagen in Rage versetzt. Sie wirft uns auf Facebook und in der Lokalpresse vor, wir würden damit die als "links-extremistisch" eingestufte Organisation "[Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten](#)" (VVN-BdA) unterstützen.

Wie stehe ich dazu?

Unsere eigenen Fahnen mit dem Motto "Kein Platz für Rassismus" und den Logos unserer Bürgergruppe und des Netzwerks gegen Rechts sind leider noch in Arbeit. Vermutlich werden sie auch noch nicht bis zur [2. Mahnwache mit Menschenkette am 6. August](#) fertig sein. Bis dahin halten wir Plakate mit unserem Logo „Wir sind mehr im Bergischen – für Toleranz Respekt Dialog“ hoch und die Fahnen der Aktion „Kein Veedel für Rassismus“.

Einige kennen diese Fahnen bereits aus Köln. Sie zeigen neben dem Motto einen Schattenriss der "Kölner Skyline": Fernsehturm, Dom, Moschee und Synagoge. Ein breites Bündnis unterschiedlicher Akteure von Privatpersonen, Künstlern, Einzelhändlern, Cafés, Restaurants und sozialen Einrichtungen nutzt die Fahnen, um gemeinsam zu zeigen, dass rechte Parteien in Köln keinen Platz haben. Der Katholikenausschuss hat beschlossen, sich mit allen 34 Kirchengemeinden an der Aktion zu beteiligen. Infos dazu finden sich hier: www.keinveedelfuerrassismus.de

Welche Organisation steht hinter dem Motto „Kein Veedel für Rassismus“?

Die Aktion hat die VVN-BdA Köln ins Leben gerufen. Zwei Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wurde 1947 die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ gegründet. Gewerkschafter, Oppositionelle, Juden, Sinti, Roma, Homosexuelle, Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Christen, Behinderte, psychisch Kranke und sogenannte Asoziale waren im Zuge der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Lebensgefahr. Wer nicht rechtzeitig immigrieren konnte, wurde durch Arbeit vernichtet, erschossen, für Experimente missbraucht oder vergast. Wir alle wissen, wie viele Menschen diese Zeit nicht überlebt haben.

Die überlebenden Opfer des Nationalsozialismus waren genauso wie die Bevölkerung, Flüchtlinge, Kriegsrückkehrer und -gefangenen traumatisiert und körperlich am Ende. Kaum einer, der damals jahrelang im Untergrund leben musste, im Widerstand aktiv war oder das KZ bzw. Vernichtungslager überlebt hatte, konnte da weitermachen, wo er oder sie vor dem Krieg gestanden hatte. Ein Zurück in die Normalität war für viele Opfer des Nationalsozialismus nicht mehr möglich und für die Widerstandskämpfer undenkbar. Für die, die während der Nazizeit politisch aktiv waren, war klar, dass es in Deutschland nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg geben darf und dass man sich, um dieses Ziel zu erreichen, für mit anderen zusammenschließen musste.

In den Nachkriegszeiten zeigte sich rasch, dass sich Deutschland hin zu einer Demokratie entwickeln, sich aber auch wieder militarisieren würde. Dass Deutschland wieder Krieg führen könnte, schien möglich. Nationalsozialisten saßen immer noch an den Schalthebeln der Macht: in

den politischen Parteien, in Behörden und in der Justiz. Hinzu kam, dass sich mitten in Deutschland erneut rechte Organisationen und Parteien gründeten.

Die VVN-BdA ist bis heute auf regionaler und auf Bundesebene aktiv:

Die Mitglieder und Mitgliedsverbände engagieren sich in der Gedenkstättenarbeit, dokumentieren den deutschen Widerstand im In- und Ausland, informieren über und protestieren gegen rechte Parteien und Gruppierungen wie Pegida, Reichsbürger und andere rechten Splittergruppen, organisieren Kultur- und Gedenkveranstaltungen und Demonstrationen, führen Fahrten zu Konzentrationslagern und anderen Gedenkstätten durch, engagierten sich für Flüchtlinge etc.

Die VVN-BdA hat – und das ist sein Verdienst – wie keine andere Organisation in Deutschland dafür gesorgt, dass der Schwur der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald bis heute aktuell geblieben ist:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

In die Schlagzeilen geriet die VVN-BdA durch den Entzug der Gemeinnützigkeit im Jahr 2019.

Ausgelöst wurde der Entzug der Gemeinnützigkeit durch den bayrischen Verfassungsschutz, der den VVN-BdA wie folgt einordnet:

„Die VVN-BdA ist die bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus. Sie arbeitet mit offen linksextremistischen Kräften zusammen. In der VVN-BdA wird nach wie vor ein kommunistisch orientierter Antifaschismus verfolgt. Diese Form des Antifaschismus dient nicht nur dem Kampf gegen den Rechtsextremismus. Vielmehr werden alle nicht marxistischen Systeme – also auch die parlamentarische Demokratie – als potentiell faschistisch, zumindest aber als eine Vorstufe zum Faschismus betrachtet.“

(Bayrischer Verfassungsschutzbericht 2019, Kapitel 6.2.3).

Im Verfassungsschutzbericht des Landes NRW taucht die VVN-BdA unter dem Stichwort "Linksextremismus" nicht auf. Auch der Bundesverfassungsschutzbericht 2019 erwähnt die VVN-BdA nicht.

Diese Einstufung des bayrischen Verfassungsschutzes zieht es nach sich, dass dem VVN-BdA die Gemeinnützigkeit bundesweit entzogen werden muss. Dies ist für den VVN-BdA eine finanzielle Katastrophe und ein Schlag ins Gesicht.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Einschätzung des bayrischen Verfassungsschutzes rechtens ist.

Es macht meines Erachtens keinen Sinn, diese Tatsache zu bestreiten oder klein zu reden.

Die Hintergründe, die zu dieser Einschätzung geführt, sind nicht öffentlich bekannt. Sie werden jedoch als brisant eingestuft.

Man kann dennoch davon ausgehen, dass die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der VVN-BdA bürgerliche Akteure sind, die keinen Bezug zu extremistischen Gruppen haben.

Kann ich zur Aktion „Kein Veedel für Rassismus“ stehen?

Jeder muss sich dazu eine eigene Meinung bilden. Ich tendiere dazu, mich der Haltung der jüdischen Gemeinden in Deutschland anzuschließen.

Sie solidarisieren sich – gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Parteien – mit der VVN-BdA. Für die jüdischen Gemeinden ist die Entscheidung, dem VVN-BdA die Gemeinnützigkeit zu entziehen, ein Skandal, der Deutschlands Ansehen beschädigt. Sie üben scharfe Kritik.

Horst Selbinger, ein deutsch-jüdischer Journalist und Zeitzeuge der Shoa, bezeichnet die Aberkennung der Gemeinnützigkeit als die Einführung der "dritten Schuld Deutschlands" nach den

60 Millionen Toten in Europa und dem laschen Umgang mit den NS-Verbrechen und der Verfolgung der Täter.

Quelle: www.juedische-allgemeine.de/politik/die-dritte-schuld/

Welche Rolle spielt die AfD-Hückeswagen?

Die Ortsgruppe der AfD in Hückeswagen startet ihre politische Arbeit in Hückeswagen mit der gleichen Strategie, die die Mutterpartei auch in NRW und im Bund durchzusetzen versucht: Sie lenkt vom eigentlichen Thema ab.

Mit keinem Wort ist sie darauf eingegangen, dass sich zur ersten Mahnwache in Hückeswagen 50 Bürgerinnen und Bürger zusammengefunden haben, um ein Zeichen gegen den Rechtsruck in unserer Gesellschaft zu setzen.

Der Versuch des Ortsgruppensprechers Markus Lietza, die Initiatorinnen und Initiatoren der Mahnwache und die, die sich mit ihnen solidarisiert haben, als *linksextremistisch beeinflusst* darzustellen, zeigt, dass die AfD-Hückeswagen durch Diffamierung darum ringt, die Deutungshoheit zu gewinnen und die öffentliche Meinung von unserem für sie nicht angenehmen Ziel abzulenken.

Zum Schluss:

Wie es ein Mitglied unserer Gruppe so schön sagte: „Wenn die 11.000 Flaggen verkauft sind und aus Kölner Fenstern hängen, bedeutet das dann, dass es 11.000 Linksextreme in Köln gibt? – Das wage ich stark zu bezweifeln!

In diesem Sinne sollten wir keine Angst vor einer Fahne haben, sondern Flagge zeigen und für Toleranz, Respekt und Dialog eintreten.

Wir sind MEHR im Bergischen!

© Irmgard Hannoschöck
[Bürgergruppierung "Wir sind mehr im Bergischen"](#)
Hückeswagen, d. 05.08.2020